

Marc Beise | Lutz Diederichs (Hg.)

# Hoffnung Mittelstand

Wie Familienunternehmen den  
Standort Deutschland sichern

**REDLINE** | VERLAG

© des Titels »Hoffnung Mittelstand« (ISBN 978-3-86881-021-9)  
2009 by Redline Verlag, FinanzBuch Verlag GmbH, München  
Nähere Informationen unter: <http://www.redline-verlag.de>

Marc Beise

## Zwischen Staat und Markt: Wie die Parteien Deutschland retten wollen

Die Genugtuung der Politiker ist nicht zu übersehen. Sie bricht sich Bahn bei jeder öffentlichen Rede und bei jedem Talkshow-Auftritt. Auch wenn sie manchmal anderes vorgeben, den Ruf der Wirtschaft nach Hilfe hören Politiker gern; es ist allemal angenehmer, sich gebraucht zu fühlen (und sei es für besonders schwierige und unangenehme Aufgaben), als für überflüssig erklärt zu werden. Ihre Hilfsangebote garnieren sie dann je nach Temperament mit gönnerhaften Gesten, mit Buhlen um Dankbarkeit oder mit zynischen Kommentaren.

Die deutschen Spitzenmanager können mit diesem Habitus leben. Sie sind einerseits den geschmeidigen Umgang mit der Politik gewohnt und ziehen andererseits aus der Größe ihrer Unternehmen und dem eigenen Millionengehalt ausreichend Selbstbewusstsein, den Politikern ihren kleinen Triumph zu gönnen. »It's pay day«, sagt ein Konzernchef im vertraulichen Gespräch, »lange haben wir die Politiker für dumm und inkompetent erklärt. Jetzt zahlen sie es uns heim.«

Weniger gelassen sind manche Mittelständler. Sie sehen die Expansion des Staates in den Bereich der Wirtschaft kritisch und sind auch mit den konkreten Maßnahmen der Politik alles andere als einverstanden. Drei Reaktionen auf

das zweite Konjunkturpaket der Großen Koalition sollen diesen Zwiespalt belegen.

Unmittelbar nach dem nächtlichen Koalitionsbeschluss vom 12. Januar 2009 reagierte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Werner Schnappauf (früher CSU-Minister in Bayern), in der Pressemitteilung PM 03/2009 mit den Worten: »Der Beschluss der Koalition kommt zur rechten Zeit. Die Schwerpunkte sind richtig gesetzt, soweit es um verstärkte Investitionen und Entlastungen für Bürger und Unternehmen geht. Es ist vernünftig, dass die Bundesregierung mit mehr Investitionen und mehr Netto gegen die Rezession vorgeht. Jede Maßnahme muss jetzt schnell wirken und helfen, Deutschland langfristig auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. Der Gesetzgeber sollte das Maßnahmenpaket möglichst schnell beschließen, damit es wirken kann – nach dem Motto: Wer schnell hilft, hilft doppelt. Entscheidend für die deutsche Wirtschaft ist, im Kampf gegen die Wirtschaftskrise die Leistungsträger unserer Gesellschaft zu stärken. Es kommt darauf an, dass die auch die Unternehmen erreichen, die in den kommenden Monaten die Arbeitsplätze sichern und den Aufschwung bewerkstelligen müssen – das muss der Maßstab aller Dinge sein. Mit dem verbindlichen Bekenntnis zur Schuldenbremse ist die Koalition auf dem richtigen Weg, in konjunkturell besseren Zeiten die Staatsverschuldung abzubauen.«

Mancher Mittelständler fragt sich indes schon jetzt, ob es der Staat bisher jemals geschafft hat, wieder einzusparen, was er zuvor spendiert hatte. »Die Koalition ist zu kurz

gesprungen«, sagte deshalb Patrick Adenauer, Bauunternehmer in Köln und Präsident des Verbands Die Familienunternehmer – Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU). »Dieses Konjunkturpaket stärkt zu wenig das Immunsystem der Unternehmen und setzt zu wenig Wachstumsimpulse. Wenn weltweit die Märkte einbrechen, ist es für unsere exportabhängige deutsche Wirtschaft sicherlich richtig, auch die Nachfrageseite zu stärken. Doch die Beschlüsse der Koalition gleichen einem Konfetti von kurzfristigen Wahlgeschenken. Da ist kein roter Faden zu erkennen, der zu einem nachhaltigen Wachstum führt. Positiv ist das staatliche Investitionsprogramm, auch wenn es nur wenige Branchen stabilisiert. Was uns Familienunternehmern vor allem fehlt, sind Maßnahmen, welche die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken, zum Beispiel Korrekturen bei der Unternehmenssteuer. Damit man verbürgte Kredite nachfragt, braucht es Anreize für Investitionen wie vernünftige Abschreibungsfristen. Die Kosten für bisherige Rettungs- und Konjunkturpakete sind immens. Wir Steuerzahler werden nach der Krise die Zeche zahlen müssen. Daher fordern wir Familienunternehmer von den Politikern in Bundestag und Bundesrat, das Konjunkturpaket mit einer wirkungsvollen Schuldenbremse im Grundgesetz zu verknüpfen. Nur so werden wir für die nächste Wirtschaftskrise besser aufgestellt sein.« So Adenauer.

Und Petra Ledendecker, die Präsidentin des Verbands deutscher Unternehmerinnen (VdU), nannte es »geradezu einen Skandal, dass die Bundesregierung unter dem Namen ›Kredit- und Bürgschaftsprogramm‹ einen Rettungsschirm

für Großunternehmen aufspannt, weil die Banken trotz des 500-Milliarden-Euro-Rettungspakets vom Herbst ihrer Aufgabe, Kredite an Unternehmen zu vergeben, nicht ausreichend nachkommen. Mit neuerlich großem finanziellem Aufwand wird auf Kosten der heutigen und zukünftigen Steuerzahler vor allem die Finanzbranche gestützt. Angesichts dessen stellt sich mir die Frage, ob die Politiker aus den letzten Wochen die richtigen Konsequenzen gezogen haben. Wenn man vom größten Konjunkturpaket der Nachkriegsgeschichte spricht, sind die Ergebnisse für Mittelstand und Mittelschicht wieder einmal entgegen allen vorangegangenen Ankündigungen enttäuschend. Die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben gehen zwar in die richtige Richtung, aber leider nicht weit genug und sind nicht konsequent genug. Die mittleren Einkommen erfahren wegen bisher fehlender Konzepte zur Abschaffung der kalten Progression zu wenig Entlastung und die mittelständischen Unternehmen bleiben die Stiefkinder der Wirtschaftspolitik. Deshalb besteht unsere Forderung nach einer strukturellen Steuerreform nicht nur angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise nach wie vor.«

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hat sich das politisch-wirtschaftliche Koordinatensystem verschoben und wirbelt die Akteure und Kommentatoren aus der Wirtschaft durcheinander. Der Staat wird gebraucht. Aber wie viel Staat darf sein, wie viel Staat kann sein, wie viel Staat muss sein?

Die Hilfen der Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland lassen sich in folgende Kategorien einordnen: akute

Maßnahmen gegen die Ausweitung der Finanzkrise (wozu die Rettungspakete für die Banken gehören), Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und Forderungen zur allgemeinen Wirtschaftspolitik mit längerfristiger Weichenstellung. Je konkreter und kurzfristiger die Hilfe ist, desto mehr Einigkeit besteht unter den Parteien und auch in der Beurteilung durch die Mehrheit der Wirtschaftsexperten. Je nachhaltiger die Maßnahmen angelegt sind, desto mehr politischer Streit bleibt. Insgesamt argumentieren Union und FDP freiheitlicher, SPD und Grüne regulatorischer – und die Linkspartei beerdigt freudig die von ihr ohnehin beklagten »Irrtümer des Neoliberalismus«.

## **Finanzkrise: Was die Politik tut ...**

Mit der Entscheidung der amerikanischen Regierung vom 15. September 2008, der havarierten US-Investmentbank Lehman Brothers die Rettung zu verweigern, ist das Weltfinanzsystem aus den Fugen geraten. Die Folgen auf den internationalen Kreditmärkten waren massiv, genau wie der Verlust an Vertrauen. Vor diesem Hintergrund fand die deutsche Politik nach kurzem Zögern zu einem spektakulären, in dieser Form noch nicht da gewesenen Schulterchluss. Um die von den Experten befürchtete »Kernschmelze« des Finanzsystems zu verhindern, den panikhafte »Bank-Run« der Sparer und Anleger auf ihre Einlagen, gaben die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr wichtigster Mitstreiter, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) am Sonntag, den 5. Oktober zunächst ein – rechtlich fragwürdiges – Versprechen ab: »Wir sagen den

Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.« Dann folgte im Rekordtempo von einer Woche ein Gesetz über einen »Rettungsschirm« von insgesamt bis zu 500 Milliarden Euro für Not leidende Finanzinstitutionen. Beide Maßnahmen wurden cum grano salis von allen Parteien im Deutschen Bundestag mitgetragen, selbst die Linkspartei stellte die Notwendigkeit solcher Garantiebeschlüsse grundsätzlich nicht infrage, wenn sie sich auch vom Konsens der anderen Parteien demonstrativ entfernt hielt.

Das Ziel dieses gigantischen Rettungspakets, dessen Summe »die Vorstellungskraft des normalen Bürgers übersteigt« (Steinbrück), war – ähnlich wie früher zu Zeiten des Kalten Krieges die atomare Erstschlagsdoktrin –, eine Extremsituation zu verhindern, die nach der Logik des Systems einfach nicht eintreten darf. Für den Fall, dass sie aber doch eintritt, fehlt den Akteuren jede Vorstellung, was dann zu tun wäre. Wie die 500 Milliarden Euro zu finanzieren wären, wenn sie denn wirklich vollständig gebraucht würden (wovon die verantwortlichen Politiker nicht ausgehen), und wie im Fall des Falles die Garantie der Sparguthaben umgesetzt werden würde – all das war von Anfang an völlig offen. Zunächst jedenfalls konnte man beobachten, dass das staatliche Garantieverprechen, das sich in zahlreiche ähnlich gelagerte Maßnahmen rund um den Globus einfügte, griff: großes Aufatmen bei allen Akteuren. Und nur ganz zaghafte Hinweise einiger Experten, dass der Staat eine so gigantische Verschuldung am Ende nur über eine womöglich dramatische Geldentwertung wird bereinigen können.